

Die Abzocker (Eine Sammlung aus Medienberichten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Inmitten Zeiten der politischen Slogans wie: "Wir leben über unsere Verhältnisse" - "Wir müssen den Gürtel enger schnallen" oder "Kein Geld mehr übrig für soziale Wohltaten", und die Ernsthaftigkeit wurde unterstrichen z. B. mit Taschengeldkürzungen von Pflegeheimbewohnern, haben wir das schlichte Volk, das gleich wieder auf uns bezogen. Aber sie müssen sich selbst gemeint haben, die Abzocker.

Die Bundesrepublik Deutschland gibt jedes Jahr über 50 Millionen Euro nur für ausgeschiedene und gescheiterte Minister und Staatssekretäre aus.

Die Löhne der Arbeitnehmer stiegen 2002 um 1,5 Prozent, die Gehälter der Topmanager um 14 Prozent.

<i>Bangemann</i>	<i>FDP</i>	<i>Martin Bangemann, Ex-Bundeswirtschaftsminister, dann EU-Kommissar, kassiert für sein Insiderwissen Millionen von der Industrie. Trotzdem: 8.500 Euro Pension.</i>
<i>Döring</i>	<i>FDP</i>	<i>Döring (Alter: 50) war im Juli 2004 wegen einer Affäre als Wirtschaftsminister zurückgetreten. Seit November soll er neben Landtagsdiäten und seinem Einkommen als Unternehmensberater ein monatliches Ruhegehalt von rund 4300 Euro erhalten.</i>
<i>Gerster</i>	<i>SPD</i>	<i>Florian Gerster demnächst arbeitslos, kriegt angeblich 375.000 Euro. Und Ruhegehälter natürlich auch. Ohne zu arbeiten, versteht sich. Er, der den Arbeitslosen jeden Job zumuten will. Gerster hatte den BA-Job nur angenommen, nachdem sein Gehalt und später auch das Spesenkonto des Vorstandes verdoppelt wurde.</i>
<i>Glogowski</i>	<i>SPD</i>	<i>Gerhard Glogowski, Ex-Regierungschef aus Niedersachsen. 1999: Rücktritt wegen diverser Sponsoring-Affären, bereits kurz nach Amtsantritt kamen Verwicklungen in diverse Skandale in seiner Heimatstadt Braunschweig, deren Bürgermeister er lange Zeit war, ans Tageslicht. Kassiert jeden Monat 7.600 Euro Ruhegeld.</i>

<i>Gysi</i>	<i>PDS</i>	<i>Gregor Gysi trat als Wirtschaftssenator 2002 wegen Verwicklungen in die Bonusmeilen-Affäre von allen Ämtern zurück und legte sein Mandat nieder.</i>
<i>Härtel</i>	<i>CDU</i>	<i>Margret Härtel war mal Oberbürgermeisterin in Hanau, bereicherte sich immer wieder auf Kosten der Stadt, fuhr im Dienstwagen nach Warschau, stellte der Stadt Privatgeschenke in Rechnung. Doch diesmal kein Rücktritt. Sie ließ sich abwählen, um ihre Versorgungsansprüche zu sichern.</i>
<i>Hürland-Büning</i>	<i>CDU</i>	<i>Agnes Hürland-Büning, CDU, vier Jahre lang Staatssekretärin im Verteidigungsministerium. Dafür gab's 140.000 Euro Übergangsgeld, außerdem 6.500 Euro Pension. Dann half sie der Industrie bei Rüstungsgeschäften, kassierte Honorare in Millionenhöhe - und steht jetzt vor Gericht wegen Steuerhinterziehung.</i>
<i>Klimmt</i>	<i>SPD</i>	<i>Reinhard Klimmt, Regierungschef im Saarland, dann Bundesminister. Rücktritt nach einer Finanzaffäre. Kassierte 100.000 Euro Übergangsgeld und kriegt jetzt 5.500 Euro Pension.</i>
<i>Krause</i>	<i>CDU</i>	<i>Günther Krause, Ex-Bundesverkehrsminister, hatte mit 39 schon ausgesorgt, trotz Putzfrauenaffäre, Raststättenaffäre, Umzugsaffäre usw. usw. Als der Skandal- politiker 1993 gehen musste, kassierte er gut 100.000 Euro Übergangsgeld. Und ab dem 55. Lebensjahr gibt's jeden Monat über 5.000 Euro Pension.</i>
<i>Landowsky</i>	<i>CDU</i>	<i>Klaus Landowsky, CDU, steht wie kein anderer für Filz und Vetternwirtschaft in Berlin. Als einer der Vorstände der Berliner Bankgesellschaft verantwortlich für den Finanzskandal, der das Land Berlin noch weiter in den Ruin trieb. Für dieses krasse Versagen kassiert Landowsky jetzt knapp 20.000 Euro Ruhegehalt im Monat.</i>
<i>Özdemir</i>	<i>Grüne</i>	<i>Cem Özdemir, Grünen-Abgeordneter, hatte sich im Sommer 2002 durch einen dubiosen Kredit und privat genutzte Bonusmeilen zu Fall gebracht.</i>

Palmer	CDU	<i>Palmer (Alter: 42) war im November 2004 aus der Landesregierung ausgeschieden, weil er seinen Parteifreund Joachim Pfeiffer gehohlet hatte. Der CDU-Politiker soll vom März an neben seinen monatlichen Abgeordnetendiäten von 4750 Euro eine Pension von rund 4300 Euro erhalten.</i>
Schill	Schill- Partei	<i>Ronald Barnabas Schill, Ex-Innensenator. Gescheitert. Und dabei auch noch das Ansehen der Hansestadt Hamburg in den Dreck gezogen. Dafür wird er belohnt: 45 Jahre jung, keine zwei Jahre im Amt. Er kassiert 1000 Euro im Monat und üppiges Übergangsgeld von 175.000 Euro</i>
Schlauch	Grüne	<i>Rezzo Schlauch hat dienstlich angesammelte Bonusmeilen der Lufthansa zu Privatreisen genutzt. Schlauch zahlte die unstrittige Summe nach, lehnte jedoch Rücktrittsforderungen ab.</i>
Süssmuth	CDU	<i>1997. Dienstflüge-Affäre der damaligen Bundestagspräsidentin. Wurde parteiübergreifend klein geredet. Rita Süssmuths ständige Reisen in die Schweiz, wo ihre Tochter wohnte, erhitzte 1997 die Gemüter. Süßmuth wurde vom Ältestenrat des Bundestages entlastet. "Bundespräsidentin könne die Dame jetzt jedenfalls nicht mehr werden, vermerkt ein Unions-Abgeordneter süffisant". 1991 Dienstwagenaffäre, als ihr Ehemann Hans Süssmuth monatelang einen Dienstwagen des Bundestages in Anspruch nahm, u.a. für den Umzug der Tochter nach St. Gallen in der Schweiz.</i>
Tandler	CSU	<i>Gerold Tandler, Ex-Innenminister, CSU. Rücktritt 1990 wegen Verstrickung in die Amigo-Affären. Bekam 100.000 Euro Übergangsgelder und kassiert seitdem 6.000 Euro Ruhestandsgeld.</i>
Yzer	CDU	<i>Cornelia Yzer, sie hat mit 35 bereits ausgesorgt. Ganze fünf Jahre war sie Staatssekretärin im Forschungsministerium. Dann lockten die Traumhonorare der Pharmaindustrie. Dort nutzte sie ihr Insiderwissen als Lobbyistin. Auf ihr Übergangsgeld von rund 90.000 Euro verzichtete sie erst nach wütenden Protesten der Öffentlichkeit. Ihr Pensionsanspruch nach fünf Jahren Arbeit: satte 5.000 Euro.</i>

- Esser* Klaus Esser, Ex-Mannesmannboss, angeklagt wegen Beihilfe zur Veruntreuung. Der Manager verlor die Übernahmeschlacht gegen den britischen Konkurrenten Vodafone. Sein Scheitern ließ er sich auch noch hoch bezahlen. 30 Millionen Euro Abfindung. Den Prozess empfindet er als Beleidigung.
- Hennemann* Friedrich Hennemann, Ex-Vorstandsvorsitzender des Vulkan-Konzern. Der ehemalige SPD-Politiker aus Bremen führte die Werft in die Pleite, kassierte später eine Bewährungsstrafe wegen Veruntreuung - und eine dicke Abfindung: 1,2 Millionen Euro.
- Lederer* Klaus Lederer führte den Babcock-Konzern in den Konkurs. Seine Abfindung zahlte die ehemalige Tochterfirma HDW: 6 Millionen Euro.
- Minnier* Rolf Peter Minnier, Ex-Verfassungsschutz-Chef Niedersachsen, er war 60 und hatte keine Lust mehr, Arbeitsverweigerung. So erzwang er den goldenen Handschlag. Pension ab sofort.
- Sengera* Jürgen Sengera, Ex-Vorstandsvorsitzender der landeseigenen West LB. Die Bank verlor Milliarden, Sengera kassierte Millionen.

Abzockerei nach Stichworten

- Anwesenheit* Gross war die Erregung, als aufflog, wie Europaabgeordnete sich Tagegelder von jeweils 262 Euro erschlichen, indem sie Anwesenheit vortäuschten. Im Bundestag lässt sich freitags beobachten, wie Abgeordnete mit dem Koffer in der Hand sich am Morgen schnell in die Liste eintragen, um dann zum Bahnhof zu entschwinden. Das spart 50 Euro Diätenabzug.

- Bonusmeilen* Vielflieger aus dem Parlament, die auf Kosten der Steuerzahler in den Urlaub jetten oder ihren Familienangehörigen zu Gratis-Flügen verhelfen. Es wurde vermutet, dass die präzise aufeinander folgenden "Bild"-Enthüllungen Teil einer "parteilpolitischen Kampagne" waren.
- Bürobedarf* Im Dezember drängeln sich die Mitarbeiter der Volksvertreter zum Bürobedarf. Im "Honigtopf" stecken zur Zeit 7500 Euro im Jahr, die jeder Abgeordnete für Büro- klammern, Druckerpatronen oder Schreibgerät ausgeben darf. Was zum Jahresen- de nicht verbraucht ist, verfällt. Daher wird schnell noch das „Meisterstück Le Grand“ von Montblanc her, 460 Euro teuer. Macht was her unterm Tannenbaum.
- Bürobedarf + Handy* Jahr für Jahr wütet Hans Eichels Rot-stift heftiger im Haushalt. Was jedoch wächst, ist die Position „Geschäftsbedarf nach § 12 Abgeordnetengesetz“ im Haushalt des Bundestags. Die 4,5 Millionen Euro im Jahr 2004 werden fürs nächste Jahr mit 900 000 Euro nachgebessert. Dann stehen jedem der 603 Abgeordneten 9000 Euro für „Bürobedarf“ zur Verfü-gung. Der Grund des Wachstums: Künftig können auch Handycosten abgerechnet werden.
- Dienstwagen* Früher missachteten Minister wie Staatssekretäre die für Dienstwagen geltenden Höchstpreise, um den gewünschten Sechszylinder zu bekommen. Heute bieten die Hersteller ihre Karossen mit mehr als 50 Prozent Rabatt an oder zu Leasing-Konditionen, von denen der Normalkunde nur träumen kann.

<i>Kostenpauschale</i>	<i>Beispiel Kostenpauschale: Sie wird in Höhe von monatlich 3551 Euro jedem Volksvertreter zusätzlich zur Abgeordnetenentschädigung (7009 Euro) überwiesen, steuerfrei. Und vor allem ohne jeden Nachweis, welche Kosten bei der Wahrnehmung des Mandats tatsächlich entstehen. Der wäre im Detail für die Gesamtsumme auch nur schwer zu führen. Schließlich fahren Abgeordnete umsonst mit der Bahn, fliegen gratis, telefonieren zu Hause und im Büro kostenlos, Mitarbeiter werden vom Bundestag bezahlt. Vollends fragwürdig wird die Kostenpauschale jedoch im Fall der so genannten Heimschläfer: jener Abgeordneten, die in Berlin keine Zweitwohnung bezahlen müssen, weil sie dort ihre Erstwohnung haben. Das ist bei gut zwei Dutzend Parlamentariern der Fall, darunter Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD).</i>
<i>Ministerpräsidenten</i>	<p><i>Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth ließ sich 1991 von einem Amigo aus der Wirtschaft eine Traumschiffreise bezahlen.</i></p> <p><i>Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Glogowski fuhr auf TUI-Kosten in die Flitterwochen.</i></p> <p><i>Der Sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf krönte seine Miet-, Putzfrauen- und Reiseaffären mit der Rabattaffäre: Er forderte bei Ikea 15 Prozent Preisnachlass, obwohl es dort gar keinen gibt.</i></p> <p><i>Der Ministerpräsident von Bayern, Max Streibl ließ sich 1983 von seinem Amigo Burkhard Grob Privaturlaube in Brasilien und Kenia finanzieren.</i></p>
<i>Mitarbeiter und „Cross-Marriages“</i>	<p><i>Andrea Nahles, SPD, bis 2002 im Bundestag, war offensichtlich § 12 Abs. 3 Abgeordnetengesetz entfallen. Dort steht, dass Abgeordnete keine Mitarbeiter beschäftigen dürfen, „die mit dem Mitglied des Bundestags verwandt, verheiratet oder verschwägert sind“. Unzulässig sind auch „Arbeitsverträge mit Lebenspartnern“. Nahles hat das nicht gehindert, ihren damaligen Lebensabschnittsgefährten Frank W. als Mitarbeiter zu beschäftigen.</i></p> <p style="text-align: right;"><i>Gern</i></p> <p><i>praktiziert wurden auch die intern „Cross-Marriages“ genannten Beschäftigungsverhältnisse: Stellst du meine Ehefrau an, beschäftige ich deine.</i></p>

*Rente ab 55
und früher*

Politische Elite mit Nehmerqualitäten. Beispiel: Abgeordnetenpension. Ein Abgeordneter bezieht nach acht Jahren 1683 Euro Pension. Sie steigt jedes Jahr um drei Prozent bis zum Höchstbetrag von 4837 Euro; frühester Bezugszeitpunkt mit 55 Jahren. Ein Jahr und 274 Tage Amtszeit genügen bei einem Minister für knapp 2000 Euro Monatspension; nach vier Jahren gibt es 3556 Euro ab dem 55. Lebensjahr. Berufspolitiker, die es zu Ministerehren bringen, schaffen locker Pensionen von mehr als 10 000 Euro. Sparminister Eichel liegt jetzt schon bei 11500 Euro Rentenanspruch. Ohne einen Cent Eigenbeitrag. Politiker immer noch Sonderklasse, wenn es ums eigene Geld geht. Als eine Expertenkommission empfahl, den Höchstanspruch von 75 Prozent der Diäten auf 60 Prozent abzubauen, die jährliche Steigerung von drei auf 2,5 Prozent zu reduzieren und Pension generell erst mit 63 zu zahlen, wie dies beim Normalbürger der Fall ist – da stellte das Parlament sich taub.

Senator-Card

Weshalb erhalten Abgeordnete die Senator-Card der Lufthansa, obwohl viele die dafür notwendige Meilenzahl nicht zusammenfliegen? Man muss beim Einchecken nicht Schlange stehen und kommt selbst dann mit, wenn die Maschine ausgebucht ist.

Sportgruppen

Gut in der Disziplin ist die Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag e.V. Ihre 25-köpfige Golfgruppe, fast alles Abgeordnete, locht in Berlin wie Bonn zu Minigebühren in Clubs ein, in denen normale Mitglieder beim Eintritt fünfstellig zur Kasse gebeten werden. Die Tennismannschaft ließ sich Flüge zu parlamentarischen Turnieren in Tampere (Finnland) und Rom von der Wehrindustrie sponsern. Die Motorradgruppe fährt mit Gratissprit durchs Land. Profiteure sind neben anderen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) und Staatssekretärin Ute Vogt (SPD). Vogt, Monatseinkommen von mehr als 14 000 Euro, nennt Kritik an ihrer Easy-Rider-Tour „typisch deutsche Neidhammelei“.

Vizepräsidenten a.D. „Die Behauptung, die Abgeordneten seien Absahner, weise ich entschieden zurück“, hat die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) einmal protestiert. Manche sind es schon. So genießen die ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten Petra Bläss (PDS), Anke Fuchs (SPD) und Rudolf Seiters (CDU), alle seit 2002 nicht mehr im Bundestag, bis heute Privilegien: komplett ausgerüstetes Büro im Regierungsviertel, ein Mitarbeiter der Gehaltsklasse BAT IV a (rund 40000 Euro jährlich), Gratistelefon, Gratisbüromaterial bis 3750 Euro im Jahr, Gratisbenutzung der Fahrbereitschaft des Parlaments, Gratisbezug zweier Tageszeitungen, Freifahrkarte der Bahn. Der Super-Service wird damit begründet, dass „noch für eine gewisse Zeit fortwirkende Verpflichtungen aus dem früheren Amt zu erfüllen sind“. Zwar gilt die satte Abpolsterung nach dem Amtsverlust, **früher zeitlich unbegrenzt**, jetzt nur noch für vier Jahre. Aber Sinn macht sie dennoch selten. Ex-Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg zum Beispiel räumte sein Gratisbüro lange vor

Vollpension Genosse Dieter Wiefelspütz hatte eine Monatsdiät (7009 Euro) darauf gewettet, dass der Bundestag sich bis Juli 2004 auf eine Abspeckaktion bei den üppigen Polit-Renten verständigen werde. Geschehen ist nichts. Das Geld bekommt die Rentnerin Helga Schlotzhauer, 81, die sich in 25 Jahren als Verkäuferin eine Rente von 633 Euro erarbeitet hat, von der ihr nach Abzug aller Fixkosten pro Woche 50 Euro bleiben. Magerkost für Rentner, Vollpension für Politiker: Wiefelspütz kämpft weiter. Noch einmal 7009 Euro hat er darauf gewettet, dass bis zum Jahresende eine neue Regelung der Altersversorgung Gesetz ist. Wetten, dass: Wiefelspütz muss noch einmal zahlen.

Zweitwohnung

Nach Berechnungen des Bundestags sind in die Kostenpauschale rund 1000 Euro für eine Zweitwohnung in Berlin einkalkuliert – ein hübsches Zubrot für die „Heimschläfer“. Der Staatsrechtler Professor Hans Mayer von der Berliner Humboldt-Universität merkt sarkastisch an, die Pauschale fördere die Möglichkeit, „auch illegitime Vorteile auf Staatskosten zu erreichen“. Vor zehn Jahren hat die so genannte Kissel-Kommission eine Änderung dringend angeraten. Danach sollte die steuerfreie Pauschale auf 500 Euro reduziert und alle darüber hinaus anfallenden Ausgaben nur noch gegen Nachweis erstattet werden. Geschehen ist nichts.